

GERMAN FOOD PARTNERSHIP – ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ZUM NUTZEN DEUTSCHER KONZERNE ODER ZUR BEKÄMPFUNG VON HUNGER UND ARMUT?



Positionspapier der AG Landwirtschaft & Ernährung
des Forums Umwelt und Entwicklung zur German Food Partnership (GFP)

Die „German Food Partnership“ (GFP) wurde auf Bestreben führender deutscher Unternehmen unter Schirmherrschaft des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Juni 2012 als „Deutsche Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung in Schwellen- und Entwicklungsländern (DIAE)“ gegründet. Im Januar 2013 wurde diese in GFP unbenannt. Sie bringt private und öffentliche Akteure zusammen und möchte Projekte zum Aufbau von Wertschöpfungsketten für Grundnahrungsmittel und zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Schwellen- und Entwicklungsländern implementieren. Dadurch sollen Bauern und Bäuerinnen einen besseren Zugang zu Betriebsmitteln, Märkten und Nahrungsmitteln erhalten, mit dem Ziel, Hunger und Armut zu reduzieren. Aus Sicht des Forums Umwelt und Entwicklung besteht viel eher die Gefahr,

dass Kleinbauern und -bäuerinnen zu Anhängseln der Geschäfts- und Agrarmodellen des Agribusiness werden. Alternative, von Kleinbauern und -bäuerinnen selbst vorgeschlagene Strategien für Investitionen in die Landwirtschaft und zur Hunger- und Armutsbekämpfung werden von der GFP ignoriert und weiter marginalisiert. Zugleich wird über die Initiative ein „neues“ Entwicklungsmodell etabliert, das einerseits die Rolle der Privatwirtschaft überbetont und sich andererseits von dem Anspruch verabschiedet die Ärmsten der Armen zu erreichen. Denn die vom Agribusiness angebotenen Lösungsansätze, richten sich nur an eine kleine Gruppe relativ besser gestellter kleinbäuerlicher Betriebe.

Für das Forum Umwelt und Entwicklung ist daher der entwicklungspolitische Mehrwert der GFP nicht zu erkennen. Es fordert deshalb die Bundesregierung auf die GFP zu beenden.

Die German Food Partnership (GFP) ist ein weiterer Mosaikstein in einer sich rasch wandelnden globalen Agrarpolitik. Transnationale Konzerne werden zunehmend als „Entwicklungspartner“ in der Hungerbekämpfung betrachtet. Das ist an einer ganzen Reihe von neuen Initiativen, Partnerschaften und Programmen der letzten Jahre zu beobachten. Beispiele sind neben der GFP die „New Alliance for Food Security and Nutrition“ der G8-Staaten oder „Grow Africa“.

An der GFP sind bislang rund 35 deutsche und internationale Unternehmen und Verbände des Agribusiness und der Ernährungsindustrie beteiligt. Unter ihnen sind einschlägig bekannte Konzerne wie Bayer Crop Science, die METRO-Gruppe, BASF oder Syngenta. Ihr Spektrum reicht von der Saatgut-, Dünger- und Pflanzenschutzindustrie, über die Verarbeitung bis hin zum Handel. Darüber hinaus engagieren sich unter anderem die Bill & Melinda Gates Stiftung und einzelne Unternehmen aus den Ländern des globalen Südens.

Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft als Instrument der Wahl

Die hehren Ziele der GFP wollen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Unternehmen mit Hilfe von firmenübergreifenden Projekten zur Entwicklung und Umsetzung von Modellen für das Kerngeschäft von Konzernen der Agrar- und Ernährungsindustrie erreichen. Dafür werden so genannte Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft

aufgesetzt². Öffentliche und private Partner gehen hier strategische Partnerschaften ein, weil sich die Interessen eines Unternehmens mit entwicklungspolitischen Interessen vermeintlich decken und die Vorhaben durch keinen der Partner alleine realisiert werden können. Es wird ausdrücklich von der Bundesregierung verlangt, dass die Unternehmen dabei klar erkennbar kommerzielle Interessen verfolgen. Im Zeichen der Hunger- und Armutsbekämpfung unterstützt das BMZ so das deutsche und europäische Agribusiness bei der Erschließung neuer Geschäftsmodelle und Marktchancen im globalen Süden. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Investitionen der beteiligten Konzerne, die sowieso geplant sind, dadurch subventioniert und durch Dienstleistungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) flankiert werden.

Vier Projekte bilden den Anfang

Bisher sind vier Projekte im Rahmen der GFP in der Planungsphase und die Implementierung soll Anfang November 2013 beginnen. Drei der vier Projekte haben ein anvisiertes Finanzvolumen von 20 bis 25 Millionen Euro, eines von 11-12 Millionen Euro.

GFP – Oilseeds Initiative Africa (OIA)

Im Oktober 2012 lud die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zu einem Workshop in Lusaka (Sambia) ein. Rund 40 Unternehmen aus Deutschland, Äthiopien, Kenia, Nigeria, Mosambik und Sambia waren der Einladung gefolgt und haben Ölsaaten als Produkt

mit großem Marktpotenzial identifiziert. Herausgekommen ist nun ein Projekt zur Erhöhung der Produktivität und zur qualitativen Verbesserung der Wertschöpfungsketten von Ölsaaten wie Soja oder Sonnenblumen; zuerst in Mosambik und zu einem späteren Zeitpunkt in weiteren afrikanischen Ländern.

Das Beispiel ist für die Entstehung der GFP-Projekte exemplarisch: Mitgliedsunternehmen der GFP bekunden ihre geschäftlichen Interessen in einem bestimmten landwirtschaftlichen Betätigungsfeld gegenüber der GIZ, die dann tätig wird und als eine Art Vermittler zwischen GFP-Unternehmen, politischen Entscheidungsträgern und Unternehmen aus dem Süden agiert und die weitere Projektplanung und Implementierung vorantreibt. Am Beginn der Projektentwicklung steht keine entwicklungspolitische Bedarfsanalyse sondern das geschäftliche Interesse eines Unternehmens.

Zugleich ist die Einbeziehung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen als direkt Betroffene absolut unzureichend. Sie werden – wenn überhaupt – erst dann in die Projekte einbezogen, wenn Ausrichtung und die Inhalte der Projekte bereits in trockenen Tüchern sind. Bislang sind sie in den Steuerungsgremien der GFP nicht vertreten und können ihre Interessen nicht artikulieren. Dabei bilden kleinbäuerliche Produzent/innen das Fundament des Ernährungssystems in vielen Ländern des Südens. Sie sind zugleich die wichtigste Gruppe der Investor/innen im Agrarbereich. Ihre Einbindung bereits in die Planung und Entwicklung von entwicklungspolitischen Aktivitäten wäre essentiell. Sie und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse müssen im Zentrum jeglicher Programme zur Hunger- und Armutsbekämpfung in ländlichen Regionen stehen.

GFP – Potato Initiative Africa (PIA)

„Die Kartoffel muss nach Afrika!“³, so der markige Titel einer Pressemitteilung des BMZ aus dem Juni 2013. Argumentiert wird mit hohen Hektarerträgen der Kartoffel oder relativ geringem Wasserbedarf. In Kenia und Nigeria lässt das BMZ diese Vision nun wahr werden. In beiden Ländern sollen wettbewerbsfähige nationale Wertschöpfungsketten für die Kartoffelproduktion aufgebaut oder erweitert werden. Die Aussage des BMZ verkennt die standortspezifische und kulturelle Bedeutung lokaler Pflanzen und Nahrungsmittel. Lokale angepasste Knollenfrüchte wie Yams, Taro, Maniok oder Süßkartoffeln werden vernachlässigt.

Die Süßkartoffel ist beispielsweise nährstoffreicher, einfacher in bestehende Anbausysteme zu integrieren und leichter zu kultivieren. Soll der Ertrag bei der Kartoffel stimmen, muss sie intensiv behandelt werden und ist daher stark von externen Betriebsmitteln (Saatgut, Lagerung/Kühlung, Pestizide) abhängig. Dass eine inputintensive Landwirtschaft angesichts der sozio-ökonomischen und bodenspezifischen Rahmenbedingungen in afrikanischen Ländern der erfolgversprechendste Weg ist, darf bezweifelt werden. Ein ergebnisoffener Dialog mit Vertreter/innen von Kleinbauern- und Frauenorganisationen würde sicherlich eine andere Prioritätensetzung ergeben.

GFP – Competitive African Rice Initiative (CARI) und Better Rice Initiative Asia (BRIA)

Die Projektländer von CARI sind Nigeria, Ghana, Burkina Faso und Tansania. Bei BRIA sind es Thailand, Indonesien, Philippinen und Vietnam. An der CARI sind unter anderem Bayer, AGCO und Syngenta beteiligt, an der BRIA Bayer, AGCO, Yara und BASF.

In beiden Initiativen geht es um den Auf- und Ausbau von Wertschöpfungsketten für Reis. Dabei wird nicht auf bewährte Verfahren, wie das „System of Rice Intensification“ (SRI) zurückgegriffen, die erhebliche Ertragssteigerungen bei einem niedrigeren Saatgut- und Wasserverbrauch (90 Prozent bzw. 50 Prozent) und einem reduzierten Einsatz chemischer Düngemittel ermöglichen. SRI wäre für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen mit geringeren Produktionskosten verbunden und daher auch ökonomisch nachhaltiger. Dies wäre allerdings nicht im wirtschaftlichen Interesse von Bayer, BASF und Syngenta.

Unklar ist, inwieweit eine kohärente Handelspolitik sichergestellt wird. Insbesondere die westafrikanischen Staaten beziehen gegenwärtig billigen Reis aus Asien, mit dem die afrikanische Produktion nicht mithalten kann. Die GFP-Initiativen sind für die Konzerne sicherlich besonders interessant, weil auf „förderliche politische Rahmenbedingungen“ in den Zielländern der Investitionen eingewirkt werden kann. Mit der Bundesregierung als Türöffner werden Lobbyaktivitäten erleichtert.

Projektkriterien: Fehlanzeige

Verbindliche Projektkriterien sind wenige Tage vor dem Start der Implementierungsphase nicht vorhanden. Es ist davon auszugehen, dass die Kriterien, die noch ausgearbeitet werden sollen, an die Projekte angepasst werden und nicht umgekehrt. Die Entwicklung von Kriterien sollte am Anfang eines Prozesses erfolgen und nicht am Ende. Darüber hinaus ist vom BMZ geplant, die beteiligten Unternehmen an der Ausarbeitung von Kriterien zu beteiligen. So wird der Bock zum Gärtner gemacht: Diejenigen, die später Kriterien einhalten sollen, erhalten viel Gestaltungsspielraum. Klar ist, die beteiligten Unternehmen werden keine Kriterien vorschlagen, die sie nur schwer umsetzen können. Interessengegensätze zwischen den Anforderungen an eine ernst gemeinte Hunger- und Armutsbekämpfung und den ökonomischen Interessen der Konzerne werden hier offensichtlich ignoriert.

Ansatz unzureichend, Kohärenz nicht vorhanden, Agrarmodell falsch

Der Ansatz, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren, ist in seiner Reichweite äußerst begrenzt. Eine Studie des International Institute for Environment and Development (IIED)⁴ kommt zu dem Ergebnis, dass schätzungsweise zwei bis zehn Pro-

zent der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen weltweit in solche Ketten integriert werden können, eine andere Studie geht von maximal 25 Prozent aus. Der Rest bleibt auf der Strecke. Die zwei bis 25 Prozent der „Potenzialbauern und -bäuerinnen“ könnte der Privatsektor auch ohne Unterstützung des BMZ erreichen. Wichtiger noch: Marginalisierte Gruppen, also die ärmsten Bauern und Bäuerinnen fallen gänzlich durch das Raster. Deren Diskriminierung – oft Grund für Hunger und Armut – wird weiter verschärft.

Vielmehr unterstützt die GFP Unternehmen darin, mittel- und langfristig den Zugang zu (neuen) Märkten und den Zugang zu Ressourcen zu sichern. Darüber hinaus haben sie durch den Aufbau bzw. Ausbau von Märkten die Möglichkeit ihre Produkte zu platzieren. Die EZ orientiert sich einerseits am Portfolio und den Interessen des Privatsektors. Andererseits erhalten Konzerne strukturellen Einfluss auf die EZ und damit auf die Gestaltung von Projekten und Politiken in den Ländern des Südens. Kleinbauernverbände und Zivilgesellschaft im globalen Süden haben immer wieder deutlich gemacht, dass sie einer Integration in Wertschöpfungsketten westlichen Vorbilds ablehnend gegenüberstehen. Sie befürchten, dass sie ihre Kontrolle über Land und andere natürliche Ressourcen verlieren⁵.

Im Sinne der **Kohärenz** für Entwicklung wäre es wichtig die Initiativen und Organisationen von Kleinbauern und -bäuerinnen enger mit nationalen Regierungen zu verknüpfen und ihnen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit von ihnen entwickelte Alternativen umgesetzt werden. Ihre Vertreter/innen und ihre kritischen Stimmen sucht man in den Strukturen der GFP bislang vergeblich.

Mit der GFP wird ein industrielles **Agrarmodell** gefördert, das die Bedürfnisse der Mehrheit der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen und den ökologischen Herausforderungen nicht gerecht wird. BASF oder Bayer Crop Science sowie ein Großteil der anderen an der GFP beteiligten Konzerne stehen für eine einseitig auf externen Inputs (Pestizide, zertifiziertes Saatgut, chemischer Dünger) basierende Landwirtschaft. Damit zusammenhängende Probleme, wie der Verlust der Biodiversität, Bewirtschaftung in Monokulturen, hohe Abhängigkeiten der Landwirte etc. werden ignoriert. Stattdessen bietet der Weltagrarbericht viele positive Ansätze für eine andere Landwirtschaft, an der sich die Politik des BMZ stärker ausrichten müsste.

Forderungen an die Bundesregierung

Bei der GFP geht es nicht um EZ, sondern um ihren Missbrauch für die Geschäftsinteressen deutscher Agrar- und Chemiekonzerne. Längst überwunden geglaubte Praktiken aus der Frühzeit der Entwicklungshilfe wurden unter Entwicklungsminister Dirk Niebel wieder salonfähig. Wir appellieren an die künftigen Koalitionsparteien, dieses FDP-Projekt unverzüglich zu stoppen. Es ist Aufgabe der Bundesregierung zeitgemäße Antworten auf die Herausforderungen der Ernährungskrise zu finden und bestehende Strategien bäuerlicher Investoren im Süden zu unterstützen. Dazu gehört auch im Sinne der Kohärenz

eine kritische Analyse der Folgen des Geschäftsmodells großer deutscher Chemiekonzerne, die zu den fünf größten Konzernen des Agrobusiness und des globalen Pestizidmarktes gehören. Projekte der Entwicklungszusammenarbeit müssen eindeutig von den Bedürfnissen der Zielgruppen ausgehen. Es darf nicht vordringlich darum gehen, kleinbäuerliche Produzent/innen in von transnationalen Konzernen dominierte Wertschöpfungsketten zu integrieren. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sie für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen funktionieren.

**Mehr Informationen zur GFP
auf der offiziellen Webseite:
www.germanfoodpartnership.de/**

Endnoten:

- 1 Ein Positionspapier des Forums Umwelt und Entwicklung zur „New Alliance for Food Security and Nutrition“ finden Sie hier: www.forumue.de/publikationen/positionspapiere/positionspapier/die-neue-allianz-fuer-ernaehrungssicherheit-in-afrika/.
- 2 BMZ (2011): Kooperationen mit dem Privatsektor im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit – Kooperationsformen. Ein Positionspapier des BMZ.
- 3 Pressemitteilung des BMZ vom 4. Juni 2013: „Die Kartoffel muss nach Afrika!“ Internet: http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2013/juni/130604_Hans-Juergen-Beerfeltz-Die-Kartoffel-muss-nach-Afrika/.
- 4 IIED (2012): Changing Perspectives: Small-scale Farmers, Markets and Globalization. Internet: www.ictsd.org/downloads/2012/08/changing-perspectives-small-scale-farmers-markets-and-globalisation-murphy-iied.pdf.
- 5 Stellvertretend für eine Vielzahl von Verlautbarungen ein Statement der Alliance for Food Sovereignty in Africa (AFSA). Internet: www.acbio.org.za/activist/index.php?m=u&f=dsp&petitionID=3.

Herausgeber:

Forum Umwelt und Entwicklung
Marienstr. 19–20 | 10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 / 678 17 75 93
E-Mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzing, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände e.V. (DNR).

Berlin, November 2013

Dieses Papier wurde von Mitgliedern der Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung des Forums Umwelt und Entwicklung erarbeitet.